

Energie und Entlastungen für den Mittelstand

15.09.2022

Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Atomenergie, der schleppende Ausbau der erneuerbaren Energien, deren noch fehlende Speicherbarkeit und deren unzureichenden Leitungen sowie die Abhängigkeit von Russland und dessen Gas als Übergangstechnologie rächen sich. Wer Ziele wie Klimaschutz und Atomausstieg absolut setzt und dabei betriebs- und volkswirtschaftliche sowie soziale Aspekte außer Acht lässt, zerstört jeglichen Zusammenhalt in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Energiekosten schießen durch die Decke. Andere Branchen tragen ebenfalls zur Inflation bei. Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wie sie im Winter ihre Rechnungen begleichen sollen. Erste Unternehmen haben bereits Insolvenz angemeldet, weitere werden folgen. Verstärkte Arbeitslosigkeit droht, eine Rezession steht bevor. Zugleich erzielt der Staat durch die steigenden Energiepreise und die Inflation höhere Steuereinnahmen und wird zum Krisengewinner.

Alles muss daran gesetzt werden, das Angebot an Energie zu erhöhen, damit der Preis wieder sinkt und bezahlbar wird. Ziel muss ein verlässlicher Energiemarkt sein. Deutschland braucht dafür ein Gesamtkonzept für die Energieversorgung. Und der Staat muss die Steuermehreinnahmen dahin zurückgeben, wo sie dringend gebraucht werden, um zu überleben.

Gasversorgung - Unternehmen bei Energiekosten unterstützen

Unsere mittelständischen Unternehmen und private Haushalte benötigen bezahlbares Gas. Bereits jetzt kommt es zu ersten Insolvenzen und Schließungen im Mittelstand. Wir fordern die Bundesregierung auf, die geplante Gasumlage aufzuheben.

Für eine schnelle Entlastung fordern wir stattdessen eine sofortige Reduzierung der Abgaben und Steuern auf den Gaspreis.

Die dramatische Situation erfordert für die am stärksten betroffenen Unternehmen unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen. Der Bund muss kleine und mittlere Unternehmen bei den erhöhten Kosten unterstützen. Gasintensive Unternehmen wie beispielsweise Bäckereien oder Wäschereien erhalten 75 Prozent der erhöhten Gaskosten vom Staat zurück. Ähnlich wie bei den Corona-Hilfszahlungen wird dies über die Steuerberater geprüft und beantragt.

Stromversorgung

Auch der Strompreis explodiert. Grund ist die sehr teure Gasverstromung, die den Marktpreis für Strom bestimmt. Die drei Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 müssen befristet weiterlaufen. 60 Jahre hat Deutschland die Atomkraft genutzt. Wenig spricht dagegen, diese befristet zu verlängern, um das Energieangebot nicht willkürlich einzuschränken. Für den Klimaschutz sind die Kernkraftwerke zudem besser als Kohlekraftwerke mit ihrem hohen CO₂-Ausstoß.

Es bedarf einer zeitnahen Reform der Preissetzung (Merit-Order Effekt) im Europäischen Strommarkt, welche extreme Preisverwerfungen einzelner Energieträger antizipiert. Grundsätzlich muss das marktwirtschaftliche Design des europäischen Strommarktes erhalten bleiben, um verlässliche Anreize für notwendige Investitionen zu setzen.

Wir brauchen einen Turbo für die erneuerbaren Energien, um sie beschleunigt auszubauen. Die konsequente Nutzung ist unabdingbar für eine gut diversifizierte Energieversorgung und Klimaneutralität bis 2045. Neben Windenergie, Photovoltaik, Geothermie/Wärmepumpe und Biomasse sind auch Wasserkraft und Wasserstoff besser zu nutzen. Der Netzausbau ist zu forcieren und muss dem Zubau der

erneuerbaren Energien entsprechend erfolgen. Wir fordern dazu ein strukturiertes Verfahren, in der Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Anreize müssen verstärkt und Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden. Die Installation und der Betrieb einer PV-Anlage auf dem privaten Haus muss von allen Steuern und Abgaben befreit werden. Unternehmen müssen für Anschaffungen in Klimaschutz bessere Abschreibungsbedingungen erhalten. Zudem müssen maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen mit einer Genehmigungsfiktion festgesetzt werden. Bei Windanlagen an Land sollte die Verfahrensdauer nach Feststellung der Vollständigkeit eines Antrags in der Regel auf längstens ein halbes Jahr begrenzt werden. Gleiches gilt für den Ausbau bereits vorhandener Windräder (Repowering) und für die Verdichtungen innerhalb von bestehenden Windparks.

Bürgerbeteiligung durch Energiewende-Aktiefonds für Stadt und Land

Rund 37 Millionen Menschen leben in Deutschland zur Miete. Damit auch sie sich aktiv bei der Energiewende beteiligen können, bieten zukünftig Landesbanken Energiewende-Fonds an. Mit diesem Geld werden z. B. regionale Stadtwerke ausgestattet, um PV-Anlagen und Windkraftanlagen zu installieren. Die Stadtwerke gehen auf Immobilieneigentümer zu und leasen deren Dächer oder Flächen. Mieterinnen und Mieter fördern mit ihren Spareinlagen die Energiewende und erhalten Dividenden auf den eingespeisten Strom.

Pendlerinnen und Pendler entlasten

Berufstätige, die für ihren Arbeitsweg täglich auf das Auto angewiesen sind, brauchen Unterstützung. Wir fordern daher, die erhöhte Entfernungspauschale bereits ab dem ersten gefahrenen Kilometer rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten zu lassen und auf 0,60 Euro pro gefahrenen Kilometer zu erhöhen. Ergänzend dazu sollte es für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Steuersatz, die von der Entfernungspauschale nicht profitieren, ein Entfernungsgeld geben, das als Zuschlag ausgezahlt wird.

Die überproportional hohen Benzin- und Dieselpreise sind auffällig. Das Bundeskartellamt beobachtet bereits seit März 2022 die Kraftstoffpreise an rund 15.000 Tankstellen in der Bundesrepublik.

Beschäftigte vor heimlichen Steuererhöhungen schützen – kalte Progression

Die Bundesregierung vergisst offensichtlich die Mittelschicht. Steuerpflichtige müssen bei Lohnsteigerungen zum Ausgleich der Inflation oft einen höheren Einkommensteuersatz zahlen als zuvor. Dass der Staat sich auf diese Weise bereichert, ist weder sozial noch gerecht. Wir fordern die Ampel-Regierung auf, diese sogenannte kalte Progression auszugleichen und den Einkommensteuertarif an die Inflationsentwicklung anzupassen – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2022.

Inflation

Wir halten an der Schuldenbremse fest. Mit einem Aufweichen der Schuldenbremse wird die Inflation befeuert. Zudem lehnen wir einmalige Geldgeschenke in Form von „hier mal 300 Euro“ und „da mal 200 Euro“ ab und fordern strukturelle Verbesserungen, die nachhaltig wirken.

Was kann das Land Niedersachsen machen?

Einberufung einer Energie-Konferenz mit unterschiedlichen Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft mit konkreten Beschlüssen, noch vor der Landtagswahl.

Hinweis: Dieses Papier wurde vom MIT-Landesvorstand am 14.09.2022 in Visselhövede beschlossen.